



bewegt

www.gruenebern.ch

ökologisch konsequent. sozial engagiert. global solidarisch



Kantonswahlen – zwiespältige Wahlbilanz der Grünen

Ein lachendes und ein weinendes Auge

Auch wenn der Wahlsonntag noch im März über die Bühne ging: Für uns Grüne brachte er Aprilwetter. Prächtigen Sonnenschein bei den Regierungsratswahlen, durchzogenes Regenwetter bei den Grossratswahlen. Die wichtigste Lehre: Ohne konsequente Mobilisierungsarbeit gewinnen auch wir Grünen keine Wahlen.

Die Verteidigung der grün-roten Regierungsmehrheit ist mit einem Glanzresultat gelungen. Die bisherigen Regierungsmitglieder von SP und Grünen übersprangen das absolute Mehr souverän und erzielten einen grossen Vorsprung auf ihre Herausforderer. Herausragend ist das Resultat unseres Erziehungsdirektors Bernhard Pulver, der mit 110'744 Stimmen den Spitzenplatz belegte. Sein Name stand auf mehr als jedem zweiten Wahlzettel. Dieses Superresultat ist der verdiente Lohn für Bernhard Pulvers kompetente Arbeit.

Keine Selbstverständlichkeit

Wir tun gut daran, diesen Erfolg zu achten und nicht als Selbstverständlichkeit abzutun. Der Kanton Bern ist und bleibt ein durch und durch bürgerlicher Kanton. Der Stimmenanteil von Grünen und SP beträgt 30%; jener der bürgerlich-rechten Parteien 60%. Ein Riesenerfolg, dass wir die Regierungsmehrheit unter diesen Rahmenbedingungen verteidigen konnten.

Fehlende grüne Mobilisierung

Klar unter den Erwartungen liegt das Resultat bei den Grossratswahlen. Mit zwei Ausnahmen – Berner Jura und Grünes Bündnis in Bern – verloren wir überall an Wähleranteil. Bei aller Enttäuschung sollten wir aber nicht vergessen, dass das Resultat dem zweitbesten Grossratswahlergebnis seit 1990 ent-

spricht. Eine der Hauptursachen für den Wahlausgang ist die Mobilisierung. Die von der SVP und der BDP entfachte Showdown-Stimmung bewegte Einige zur Wahl dieser Parteien. Umgekehrt hat unsere Mobilisierungsschwäche zu unseren Verlusten beigetragen. Zentral ist deshalb die Erkenntnis, dass es für uns Grüne ohne konsequenten Wahlkampf keinen Wahlerfolg gibt.

Schwächung des rot-grünen Lagers

Besorgniserregend sind die parteiübergreifenden Trends. Während SP und Grüne gegenüber 2006 über 8 Prozentpunkte verloren, ist der Wähleranteil der bürgerlichen Parteien um 7 Prozentpunkte gestiegen. Das Mittelager (EVP, CVP, GLP) ist trotz grünliberalem Erfolg nur wenig gewachsen (<2 Prozentpunkte). Diese gewaltigen Verschiebungen werden unsere Arbeit in der neuen Legislatur erschweren.

Chancen der Zukunft nutzen

Vor uns steht eine energiepolitische Schlüssellegislatur (kantonales Energiegesetz, AKW-Neubau-Debatte und unsere Initiative *Bern erneuerbar*). Das sind ausnahmslos grüne Themen. Es ist nun an uns, diese Chance zu nutzen. Gelingt es, könnten sich die Wahlen 2010 als ideales Sprungbrett für neue Erfolge bei den Nationalratswahlen erweisen.

Blaise Kropf, Christine Häsler, Daphné Rüfenacht

Le rôle du CJB

Le Jura bernois est une entité politique particulière, par son histoire, sa géographie et sa langue.



Toujours à la recherche d'un équilibre entre la partie allemande du canton et le canton du Jura, sans centre rassembleur, c'est un pays

éclaté tourné vers plusieurs pôles : Bienne, La Chaux-de-fonds, Delémont et Neuchâtel. Le CJB, organe politique de cette région, est en voie de se faire reconnaître comme interlocuteur, par l'exécutif cantonal où il est écouté et parfois entendu, par le canton du Jura, toujours à la peine de reconnaître le Jura bernois en tant que tel, et par les communes d'abord réticentes puis qui ont trouvé au CJB le cordon de la bourse des subventions.

Après 4 ans d'installation, le CJB doit maintenant convaincre à Bienne, Berne et Delémont que le Jura bernois existe en tant que région et centre éclaté, ni satellite de Bienne, ni prédestiné à rester dans le canton de Berne ou à se rattacher au canton du Jura. Il devra d'abord définir puis exiger et construire un « statut quo + » comme proposé par l'AIJ.

Daniel Chaignat, Les Verts jura bernois

Inhalt



Seite 2
Grüne schaffen das zweitbeste Resultat ihrer Geschichte



Seite 3
Vernunft und Gerechtigkeit per Initiative



Seite 5
Wirklich sauberer Wasserstrom?



Seite 7
Inspirationen aus Washington

Eine glückliche Zukunft für die Kinder



Zum ersten Mal wurde in einem grossen Kan-

ton eine rot-grüne Regierung wiedergewählt. Und wie! Unsere Arbeit wurde von den Wählerinnen und Wählern honoriert: Alle vier rot-grünen Regierungsmitglieder legten im Vergleich zu 2006 massiv an Stimmen zu. Für mich selbst sind die über 110'000 Stimmen Aufsteller und Motivationsspritze zugleich. Nun gilt es, die Regierungsarbeit fortzuführen. Im Mittelpunkt steht die Nachhaltige Entwicklung: Also der Ausgleich zwischen ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen. Das wird in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten nicht einfacher. Trotzdem werden wir in den nächsten Jahren weitere ökologische und soziale Akzente setzen. Im Bereich der Bildung und Kultur, meinem Dossier, stehen verschiedene wichtige Aufgaben an.

Und über allem muss das Ziel stehen, unseren Kindern eine gute und glückliche Zukunft zu sichern!

Bernhard Pulver, Regierungsrat

Die Grossratswahlen in Zahlen

Grüne schaffen das zweitbeste Resultat ihrer Geschichte

Der dominierende Aspekt der kantonalen Wahlen ist zwar der massive Rutsch nach rechts des Grossen Rates. Ob diesem Resultat darf aber nicht vergessen werden, dass es sich um das zweitbeste Ergebnis der Grünen bei Grossratswahlen seit 20 Jahren handelt.

Bei den Grossratswahlen 2010 mussten wir Grünen einen Rückgang unseres Wähleranteils von 12.9% auf 10.1% hinnehmen, was zum Verlust von 3 der bisher 19 Sitze im Grossen Rat geführt hat. Trotz allem: Die Grünen verfügen weiterhin über mehr Grossratsmandate, als sie zwischen 1990 und 2006 im damals noch 200-köpfigen Parlament inne hatten. Vergleiche zwischen den einzelnen Wahlkreisen sind schwierig, da die Wahlkreisgrenzen seit 2006 verschoben wurden, die Zahl der Mandate geändert hat und die Parteienlandschaft mit dem Aufkommen von BDP und GLP erheblich umgebaut wurde.

Jura Bernois und GB legen zu

Die Tabelle links zeigt, dass mit Ausnahme des unveränderten Wahlkreises Jura Bernois und der Liste des Grünen Bündnis (GB) in der Stadt Bern die Grünen ihren Wähleranteil nirgendwo verbessern konnten. Die Steigerung des GB-Wähleranteils in der Stadt Bern ermöglichte indes Natalie Imboden den Sprung in den Grossen Rat. Aus dem Seeland hat neu Silvia Lüthi aus Ins ein Mandat inne. Dorothea Loosli, die wegen Wegzugs aus dem Seeland nach Bern auf der Liste der Grünen Freien Liste der Stadt Bern (GFL) kandidiert hat, ist Opfer des gesunkenen Wähleranteils der GFL geworden und vertritt die Grünen leider nicht mehr im Grossen Rat. Besonders stark hat die GFL das Antreten der GLP zu spüren bekommen. Sie konnte weniger von mobilisie-

rungsstarken Köpfen profitieren als vor vier Jahren mit Bernhard Pulver und Lilo Lauterburg.

Gratulation den drei Neuen

Auch die Grünen Biel bekamen die Konkurrenz der GLP stark zu spüren: Sie verloren einen Sitz. Die gewählte Félicienne Viloz hat allerdings ihren sofortigen Rücktritt aus dem Grossen Rat mitgeteilt, da sie gesundheitlich stark angeschlagen ist. Wir wünschen ihr alles Gute zur Genesung. Der bisherige Grossrat und zweitplatzierte Urs Scheuss wird nachrücken.

Johanna Schlegel, die mit ihrer Kandidatur auf der Liste im Oberaargau versucht hat, einen Grünen Sitz in diesem Wahlkreis zu erlangen, hat die Wiederwahl leider nicht geschafft. Opfer des gesunkenen Wähleranteils ist auch Elisabeth Bregulla aus Thun. Der dritte Neuzugänger in der Grünen Fraktion ist Antonio Bauen aus Münsingen. Im komplett neu gestalteten Wahlkreis Mittelland Süd hat er die Wahl in den Grossen Rat geschafft.

Herzliche Gratulation den drei Neuen: Natalie, Silvia und Antonio. Und ein grosses Dankeschön gilt den nicht wiedergewählten oder nicht mehr angetretenen Dorothea, Elisabeth, Johanna, Lilo und Marianne für das Engagement und die langjährige Mitarbeit.

Sabine Zaugg, Co-Geschäftsleiterin Grüne Kanton Bern

■ Wähleranteile in den Wahlkreisen 2010 (2006)

Jura Bernois	8.7 (7.6)
Biel Seeland	8.4 (13.3)
Oberaargau	5.1 (8.0)
Emmental	7.1 (9.3)
Mittelland Nord	9.1 (12.5)
Mittelland Süd	10.0 (12.5)
Bern GB	13.3 (12.2)
Bern GFL	11.0 (17.5)
Thun	8.2 (12.6)
Oberland	5.4 (8.2)

■ Verschiebung der Wähleranteile in wichtigen Gemeinden 2010 (2006)

Bern (GB)	13.3 (+1.1)
Bern (GFL)	11.0 (-6.5)
Biel	14.2 (-7.1)
Thun	10.2 (-4.5)
Burgdorf	12.9 (-2.0)
Langenthal	7.0 (-1.2)
Köniz	12.1 (-2.8)
Spiez	9.0 (-5.6)



Das sind unsere Neuen in der Grünen Grossratsfraktion (v.l.n.r.): Silvia Lüthi, Antonio Bauen und Natalie Imboden

Die Initiative «Faire Steuern – Für Familien» steht kurz vor der Lancierung

Vernunft und Gerechtigkeit per Initiative

Mit der Initiative «Faire Steuern – Für Familien» soll die grossrätliche Steuergesetzrevision auf ein erträgliches Mass beschränkt werden. Gleichzeitig bietet die Initiative die Chance, die ungerechte Pauschalbesteuerung reicher AusländerInnen aus dem Gesetz zu streichen.

Noch selten wurden GrossrätInnen vor einer Gesetzesberatung mit so vielen Aufrufen besorgter GemeindevertreterInnen eingedeckt, wie vor der Behandlung der Steuergesetzrevision im März diesen Jahres. Und das mit gutem Grund: Die Anträge der vorberatenden Grossratskommission liessen unverantwortbare Ertragseinbussen für die öffentliche Hand befürchten.

Ungehörte Appelle der Gemeinden

«Der Hauptantrag der Kommission wäre für viele Gemeinden kaum zu verkraften», schrieb die Gemeinderatspräsidentin von Riggisberg. Und der bürgerliche Gemeindepräsident von Zollikofen ergänzte: «Der für die Gemeinden allenfalls noch verkraftbare Kompromiss besteht im Eventualantrag der Kommission.» Doch die Appelle verhallten ungehört. Ungeachtet der düsteren finanzpolitischen Aussichten beschloss die bürgerliche Grossratsmehrheit eine Steuergesetzrevision, welche zu Ertragsausfällen von 203 Mio. für den Kanton und 107 Mio. Franken für die Gemeinden führt.

Undemokratische Trickli-Politik

Um zu verhindern, dass diesem masslosen Steuerpaket eine mehrheitsfähigere Lösung entgegengestellt wird, beschloss die bürgerliche Ratsmehrheit noch gleich einen eigenen «Gegenvorschlag», der den Anliegen der unterlegenen Minderheit jedoch in keiner Art und Weise entspricht. Dieser verblieb somit vermeintlich bloss noch die Mög-



Unterschriftensammlung für mehr Steuergerechtigkeit im Kanton Bern

lichkeit, mit einem Referendum eine Abstimmung über «Pest oder Cholera» zu erzwingen.

Initiative als Gegenvorschlag

Auf Initiative des kantonalen Gewerkschaftsbundes hat eine breite Koalition von PolitikerInnen aus Grünen, SP und EVP die Initiative «Faire Steuern – Für Familien» entwickelt. Die Initiative funktioniert als indirekter Gegenvorschlag zur Steuergesetzrevision und umfasst folgende Punkte:

- Verzicht auf die finanziell nicht tragbare Senkung der Einkommens- und Vermögenssteuern
- Verzicht auf den Ausbau des Steuerschlupflochs «Vermögenssteuerbremse»

- Erhöhung des Kinderabzuges auf 8000 Franken
- Abschaffung der ungerechten Pauschalbesteuerung für reiche AusländerInnen

Es ist vorgesehen, mit der Sammlung der Unterschriften im Mai zu beginnen. Mit einer raschen Unterschriftensammlung soll eine Abstimmung noch vor dem Inkrafttreten der Steuergesetzrevision ermöglicht werden. Damit könnte dem bürgerlichen Steuersenkungsfundamentalismus der nötige Riegel geschoben werden.

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern

Der Unterschriftenbogen kann auf www.gruenebern.ch heruntergeladen werden.

À eux les bonus? À nous les malus? Non à la révision de l'assurance-chômage !

La révision de la Loi sur l'assurance-chômage adoptée par les Chambres fédérales est inacceptable à plus d'un titre. Les Verts biennois se sont d'ores et déjà lancés dans la récolte des signatures.

Pour rétablir l'équilibre financier et rembourser les dettes cumulées par l'assurance-chômage, la révision propose une légère augmentation des cotisations et une baisse antisociale des prestations ; celle-ci pénalisera spécialement les jeunes et les personnes âgées sans emplois : il y aura

les jeunes chômeurs et chômeuses de moins de 25 ans sans obligation d'entretien et les personnes libérées de l'obligation de cotiser. Ainsi ces dernières qui, pour cause de maladie, d'accident, de maternité etc. n'ont pas pu travailler et celles qui viennent de terminer leurs études seront durement touchées. Pour obtenir 520 indemnités journalières, les personnes de plus de 55 ans devront payer des cotisations pendant 24 mois au lieu de 18 actuellement.

Les baisses des prestations pousseront rapidement les personnes tou-

chées et leurs familles à demander de l'aide sociale ; de cette façon, elles échapperont aux statistiques nationales du chômage et les coûts se déplaceront sur les cantons et les communes. La ville de Bienne affiche déjà un taux d'aide sociale de 10%. En outre, les cantons affichant le plus fort taux de chômage ne pourront plus prolonger la durée d'indemnisation. Pire encore : pour les moins de 30 ans, tout travail sera considéré comme « convenable » même avec un salaire de misère et avec une diminution des chances de trouver un emploi

dans son domaine professionnel. Le Conseil fédéral pourrait se contenter, sans modifier la loi actuelle, d'augmenter le taux de cotisation de 0,5% au maximum et introduire le pour cent de solidarité. Un « Non » déterminé à cette révision s'impose donc. Il offrira une opportunité à reconsidérer notre système d'assurances sociales en le rendant plus efficace et en évitant que l'on assainisse une caisse sur le dos de l'autre.

Urs Scheuss, président des Verts Bienne

Referendum gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz (Avig)

junge grüne gegen das Avig

Die unsoziale und unfaire Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist beschlossen. Zum guten Glück ist das Referendum dagegen ergriffen worden. Als die Vorlage noch in der Beratung war, äusserten sich die jungen grünen mit einer Aktion dazu.

Am frühen Dienstagmorgen, 2. März trafen sich rund ein Dutzend junge grüne vor dem Bundeshaus, um die StänderätInnen vor Fehlentscheidungen zu warnen. Mit Transparenten, beschriftet mit grünen Slogans zur Revision des Arbeitslosengesetzes (Avig), versuchten wir, Aufmerksamkeit zu erzeugen. Schon am Vortag hatten alle StänderätInnen von den jungen grünen einen Flyer und eine Sanduhr erhalten. Die Sanduhr symbolisierte, was passiert, wenn die Bürgerlichen sich durchsetzen: Die Arbeitslosen fallen von der Arbeitslosenversicherung in die Sozialhilfe wie der Sand in der Sanduhr von einer Kammer in die andere fällt.

Das lästige Grüppchen hakt nach

Zur Bekräftigung unserer Warnungen standen wir also an diesem Morgen in Bern und versuchten, den StänderätInnen nochmals persönlich einen Flyer in die Hand zu drücken. Dies war gar nicht so einfach, denn viele machten, kaum sahen sie uns, einen Bogen um dieses lästige Grüppchen. Einige erwischten wir dennoch und konnten ihnen die Meinung junger Leute mit auf den Weg ins Bundeshaus geben. Was sie daraus machten, wollten wir live beobachten und folgten den StänderätInnen nach Sitzungsbeginn ins Stöckli.

Ständerat: failed

Leider schwenkte der Ständerat trotz unserer Aktion nicht auf unsere Linie um. Immerhin verlangte er nicht ganz so drastische Restriktionen wie der Nationalrat. Doch selbst die im Ständerat und mittlerweile von der Bundesversammlung beschlossenen Massnahmen haben drastische Folgen für die Jungen: So müssen junge Berufsleu-

te bis 30 Jahre neu jeden Job annehmen – ohne Rücksicht auf ihre Ausbildung. Den unter 25-Jährigen wird die Bezugsdauer der Taggelder auf neun Monate halbiert, den Ausbildungs- und StudienabgängerInnen auf vier Monate gekürzt – und das bei einer Wartezeit von sechs Monaten! Das nimmt den Jungen viele Chancen und ist definitiv eine grosse Diskriminierung.

Korrekturmöglichkeit

Gegen diese systematische Aushöhlung des Sozialstaats wurde nun glücklicherweise das Referendum ergriffen. Kommt es zustande, haben die StimmbürgerInnen die Möglichkeit, den Fehlentscheid zu korrigieren. Nötig ist es, denn die Leidtragenden – die (jungen) Arbeitslosen – sind nicht die Ursache der Wirtschaftskrise. Darum ist es völlig unverständlich, dass gerade sie dafür zur Kasse gebeten werden.

Tobias Kuhnert, junge grüne



junge grüne aktiv

■ Grossratswahlen 2010: Auf ein Andermal!

Bei den Grossratswahlen einen Sitz zu ergattern, ist ein hoch gestecktes Ziel. Gerade, wenn man jung ist, noch mit beiden Beinen in der Ausbildung oder im Studium steht und kaum bekannt ist bei der Wählerschaft im Kanton Bern. Leider haben wir dieses Ziel nicht erreicht.

Dennoch können wir mit zwei lachenden Augen auf unsere Kandidaturen zurückblicken. Immerhin holten wir in der Stadt Bern mit unserer eigenen Liste 4864 Stimmen, im Berner Oberland, wo wir mit neun jungen, motivierten Leuten auf der Liste der Grünen vertreten waren, waren es sogar über 8000 Stimmen. Viele Wählerstimmen

zu erhalten ist schön und zeigt, dass das eigene politische Engagement von der Bevölkerung wahrgenommen und geschätzt wird. Aber Wählerstimmen zu erhalten ist nicht alles: Uns jungen grünen haben die Kandidaturen geholfen, unsere Ziele klarer zu definieren, uns selbst mehr Profil zu geben und zu überdenken, wo wir unsere Prioritäten setzen wollen.

Einige Kandidierende konnten auf Podien Erfahrungen sammeln. Ein Interview bei Radio RaBe war eine weitere Möglichkeit, uns der Öffentlichkeit zu präsentieren. Am meisten Spass aber machten natürlich unsere kreativen Wahlkampf-

aktionen: Der grösste Renner war unser Rundgang in simulierten Atomkraftwerk-Schutzanzügen durch die Stadt Bern.

Die Kandidaturen waren für uns alle ein spannendes Lernfeld. Dem Stress standzuhalten, termingerecht einzureichen, was einzureichen ist, Arbeitsabläufe zu koordinieren und zu optimieren. Dies alles hat uns gefordert, hat uns aber auch Ansporn gegeben, bei weiteren Wahlen wieder etwas zu wagen und erneut mit einer eigenen Liste ins Rennen zu steigen.

Selina Stucki, junge grüne bern

Drei neue Ausbauprojekte an der Grimsel

Wirklich sauberer Wasserstrom?

Durch die erfolgreiche Beschwerde der Grünen und der Umweltverbände wurden die Kraftwerke Oberhasli (KWO) gezwungen, für ihre neuen Projekte ein ordentliches Konzessionsverfahren durchzuführen. Zudem müssen sie für das gesamte Gebiet eine Schutz- und Nutzungsplanung erarbeiten, die das geltende Recht und nicht jenes von 1963 einhält. Die KWO wollen vor dem Sommer drei neue Konzessionsgesuche für drei Teilprojekte des KWO Ausbaus einreichen. **Christine Häslar, Fraktionspräsidentin, und Peter Stutz, Leiter Arbeitsgruppe Energie, zeigen ihre Positionen auf.**

1. Teilprojekt: Aufwertung Handeck 2 und Innertkirchen 1

Christine Häslar: Die Aufwertung der Kraftwerke Handeck 2 und Innertkirchen 1 sorgt für mehr Energieeffizienz. Das neue Beruhigungsbecken in Innertkirchen wird zudem die Schwall- und Sunk-Verhältnisse stark verbessern. Dies bringt mehr Energieeffizienz und gewässerökologische Verbesserung – ein doppelter Gewinn auch aus grüner Sicht.

Peter Stutz: Dieses Projekt der Effizienz- und Leistungssteigerung liegt genau auf der Linie der grünen Volksinitiative *Bern erneuerbar* und wird von uns beiden unterstützt.

2. Teilprojekt: Neues Pumpwerk Grimsel 3, Räterichsbodensee-Oberaarsee

Christine Häslar: Das neue Pumpspeicherwerk Grimsel 3 soll für zusätzliche Spitzen- und Regulierenergie sorgen. Als grüne Kantonspolitikerin will ich saubere Energie aus Unternehmen, die auch wirtschaftlich erfolgreich arbeiten. Spitzen- und Regulierenergie ist finanziell interessant, keine Frage. Erfolgt die Pumpspeicherung mit Energie aus erneuerbaren Quellen, so wie wir es unmissverständlich fordern, dann ist sie für mich absolut tragbar.

Peter Stutz: Das Pumpspeicherwerk Grimsel 3 würde mit seinen 400 MW Pumpleistung noch extremer als Grimsel 2 (minus 61 GWh pro Jahr!) viel mehr Strom verbrauchen als produzieren. Zum Pumpen wird laut KWO heute und in den nächsten 20 Jahren fast nur Atom- und Kohlestrom verwendet. Der CO₂-Ausstoss durch Kohlestrom würde um rund 500'000 Tonnen erhöht. Zu Grimsel 3 gehört der Ausbau der Hochspannungsleitung zum alten oder neuen AKW Mühleberg, um dort den Pumpstrom zu beziehen.



3. Teilprojekt: Staumauererhöhung Grimselsee

Christine Häslar: Die Mauern von Spittallamm und Seeuferegg müssen aus Sicherheitsgründen für die Bevölkerung saniert werden. Eine gleichzeitige Erhöhung der Mauern bringt mehr Speicherkapazität aber auch Eingriffe in die Natur. Die GFL Kanton Bern forderte vor Jahren schon umfangreiche Ersatzmassnahmen, um das Projekt ökologisch zu verbessern. Die Forderungen wurden aufgenommen, viele sind bereits umgesetzt. Wir haben viel erreicht und sollten genauso weiter arbeiten: kritisch, konstruktiv und mit Engagement ohne ideologische Scheuklappen.

Peter Stutz: Dies ist das Projekt, gegen das wir erfolgreich Beschwerde geführt hatten. Der Ausbau der Pumpspeicherung soll neue Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke im In- und Ausland ermöglichen. Das hat nichts mit der Bereitstellung von Regelenergie oder einer grösseren Versorgungssicherheit zu tun: Wir haben schon heute zehnmal mehr Regelenergie, als wir eigentlich brauchen. Durch das vermehrte Pumpen wird netto weniger Strom produziert, aber mehr Geld verdient und mehr CO₂ ausgestossen. Müssen wir dafür wirklich Landschaften von nationaler Bedeutung ertränken?



LokalSpots

■ Mehr Taten für die Umwelt

Vor zehn Jahren hat die Gemeinde Zollikofen auf Betreiben der Grünen Freien Liste GFL ein ganzheitliches Umweltkonzept mit vielen konkreten Massnahmen beschlossen. In der Folge ist Zollikofen ausgezeichnete Energiestadt geworden, aber andere konkrete Taten blieben aus. Die GFL hat nun – auch als Beitrag zum Jahr der Biodiversität – mit einer Motion nachgedoppelt und eine Aktualisierung des Umweltkonzepts verlangt. Das Gemeindeparlament hat den Vorstoss am 24. März mit Zustimmung aus allen Parteien gutgeheissen. Damit ist der Gemeinderat beauftragt, das bisher Erreichte und Versäumte zu bilanzieren und aufzuzeigen, wie die Anstrengungen verstärkt werden sollen: im Klimaschutz und zur Förderung der Biodiversität.



2010 Internationales Jahr der Biodiversität

■ Grüner fördert Solaranlagen

Peter Stutz, Mitglied der Grünen Thun, schaut zufrieden auf das erste Betriebsjahr der drittgrössten Fotovoltaik-Anlage in Bern zurück. Er ist Initiant und Eigentümer der Solaranlage Wichtrach (siehe Foto). Die vor gut einem Jahr eingeweihte Solaranlage auf dem Dach der Eishalle Wichtrach hat ein erfolgreiches erstes Jahr hinter sich: Statt den prognostizierten 142MWh hat die Anlage 165MWh Strom produziert, was für den Jahresbedarf von 47 Haushalten gereicht hat. «Wir konnten in der Region zeigen, was die Solarenergie im grossen Stil leisten kann», so Peter Stutz. Nach dem gelungenen Start mit der Solaranlage Wichtrach plant Stutz nun noch Grösseres. Er projiziert im Berner Mittelland zur Zeit eine 1.5 MWhp-Anlage auf 1.7 Hektaren Fläche. Sie soll noch dieses Jahr realisiert werden und würde die grösste Solaranlage der Schweiz.

Massnahmenpapier zur Stärkung der Zivilgesellschaft

Die GFL Bern sucht die «Zivilgesellschaft»

Ein Discobesucher verlässt nachts den Club XX, auf der Gasse gerät er in eine wüste Schlägerei. Dank dem beherzten Eingreifen von Umstehenden kann die Keilerei aufgelöst werden. Es kommt zu keinen gröberen Verletzungen. Ob das beherzte Eingreifen heute dem Standard entspricht, ist eine offene Frage.

Die Bauernfamilie Y nimmt seit Jahren ehemalige Strafgefangene bei sich auf, die sie in ihre Familie integriert, an ihrem Tagesablauf teilhaben lässt und auf dem Hof beschäftigt. Sie hilft ihnen damit, den Weg zurück in ein geregeltes Leben zu finden. Mit dem Rückgang von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft sind auch solche Modelle zunehmend in Frage gestellt.

Dies sind nur zwei von unzähligen Beispielen, wo und wie sich gesellschaftliches Engagement positiv auswirken kann. Ohne dieses Engagement liesse sich das gute Funktionieren des Staates und der Gesellschaft nicht aufrechterhalten bzw.

sähe unser Land anders aus. Dieser Zwischenbereich zwischen Staat, Wirtschaft und der Privatsphäre wird heute mit dem nicht sehr aussagekräftigen Begriff «Zivilgesellschaft» umschrieben. Dieser Bereich ist das Spielfeld der NGOs und NPOs, der Initiativen, Vereine, Verbände, aber auch der privaten Selbsthilfe, z.B. der Nachbarschaftshilfe oder der Zivilcourage.

Die Schweiz verfügt traditionell über eine starke Zivilgesellschaft. Die breite demokratische Partizipation erfordert auch eine Stärkung der Selbstverantwortung, ohne die unsere direkte Demokratie kaum so gut funktionieren könnte. Ausdruck dieser traditionellen Stärke der Schweiz sind das reiche Vereinswesen oder auch das Milizprinzip. Wie die Beispiele oben zeigen, ist die Leistungsfähigkeit der Zivilgesellschaft aber auch immer wieder bedroht und in Frage gestellt.

Die GFL Bern wird in den nächsten Monaten ein Massnahmenpapier erarbeiten, wie die Zivil-

gesellschaft gestärkt werden könnte. An einer Mitarbeit Interessierte melden sich bitte bei: monika.tschumi@gfl-bern.ch.

*Stefan Duff, Verantwortlicher «Arbeitsgruppen»
Vorstand GFL Stadt Bern*



Zukunftspläne statt Verteilungskämpfe

Vier Tage vor den Wahlen hat der Grosse Rat eine Steuersenkung von über 300 Millionen Franken beschlossen. Allein in der Stadt Bern werden ab 2012 rund 15 Millionen Franken weniger Steuereinnahmen zur Verfügung stehen. Dringende Investitionen in Bildung, Ökologie oder die sozialen Netze sind so kaum mehr finanzierbar. Dies trifft vor allem die ärmeren Familien. Doch es kann noch schlimmer kommen: Hält die Krise der realen Wirtschaft an, dann fällt die Kantons- und Bundeshauptstadt Bern mit vielen anderen Gemeinden in die Schuldenspirale zurück.

Angst vor dem Pleitegeier

Auch im Kanton droht die «Politik der leeren Kassen» aus dem Ruder zu laufen. Es kündigen sich harte Verteilungskämpfe an. So will die gleiche SVP, die mit eisernem Fraktionszwang die Steuern gesenkt hat, mehr Mittel für den Ausbau von Spitätern und Strassen in die Randregionen holen. Es



erstaunt nicht, dass die bürgerlichen Parteien nach den Wahlen kein Interesse an der der Finanzdirektion zeigten: In einer Wirtschaftskrise Steuern streichen und gleichzeitig die eigene Klientel (z.B. die 32 Bauern im Grossen Rat) bei Laune halten, ist eine «mission impossible», die man lieber dem rot-grünen Regierungsquartett überlassen möchte.

Grüne Ideen gegen die Krise

Dass Rot-Grün die Finanzdirektion nicht übernommen hat, ist richtig. Wir müssen uns auf grüne und soziale Verbesserungen konzentrieren. Die Schliessung der Kartonfabrik Deisswil zeigt, dass die Krise nicht ausgestanden ist. Die historische Schwäche des Wirtschaftskantons Bern kann nur mit gezielten Investitionen in Ausbildung, Mobilität und grüne Technologien überwunden werden. Viele junge Unternehmen haben die Bedeutung von ökologischen Innovationen erkannt. Mit ihnen zusammen lässt sich die Wirtschaft des Kantons modernisieren. Wichtig ist aber auch die Stärkung der Region Bern, denn nur sie spielt in der obersten Liga der nationalen Wirtschaftsräume mit. Wer – um die Strukturhaltung auf dem Land zu finanzieren – das Zentrum Bern schwächt, schadet dem ganzen Kanton. Nur gemeinsam kommen wir vorwärts. Das haben die Grünen schon lange erkannt.

Regula Rytz, Gemeinderätin Stadt Bern

Voucher-Gesellschaft?



In Ihrem Haus brennt es. Bevor die Feuerwehr kommt, müssen Sie Ihren Feuerwehr-Voucher suchen. Denn seit die Stadtverwaltung ihre Dienstleistungen auf ein Voucher-System umgestellt hat, haben Sie alle 20 Jahre Anrecht auf einen Gratiseinsatz. Ein schlechter Witz? Hoffentlich. In Bern fordern Mitte-Rechts-Parteien solche Voucher-Modelle für öffentliche Dienstleistungen. Aktuell für Kinderkrippenplätze (sog. Kita-Gutscheine). Diese Entwicklung ist fatal. Statt sich gemeinsam für den Ausbau der Kinderbetreuung einzusetzen, wird diskutiert, wer Anrecht auf Gutscheine hat. Statt mehr Wettbewerb braucht es dringend genügend Plätze und eine solidarische Finanzierung. Massive Steuersenkungen der Bürgerlichen gefährden den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen. Gutschein-Märit statt Service public? Nein Danke!

Natalie Imboden, Grossrätin

GRÜNE
FREIE LISTE GFL
DER STADT BERN

Delegiertenversammlung wärmt Diskussion um Hauptstadtregion auf

Inspirationen aus Washington

An der Delegiertenversammlung (DV) vom 5. Mai referierte Heike Mayer, Professorin für Wirtschaftsgeografie der Universität Bern. Sie zeigte auf, wie Washington DC es geschafft hat, sich erfolgreich als Hauptstadtregion zu positionieren und was Bern davon lernen könnte.

Nach einer kurzen Wahlbilanz von Blaise Kropf und Bernhard Pulver richteten die Delegierten ihre Aufmerksamkeit auf das Thema Hauptstadtregion Bern. Heike Mayer zeigte in ihrem Referat auf, wie es Washington geschafft hat, sich selbstbewusst als Hauptstadtregion zu positionieren, diese Funktion auch wirtschaftlich zu erkennen und zu fördern. Sie skizzierte, wie Bern von diesem Ansatz profitieren könnte. Gefragt sind nun konkrete Schritte: Sie regte an, eine genaue Analyse des Bernischen Wertschöpfungs-systems zu machen und die Ausrichtung der Politik auf herausragende Eigenschaften der Hauptstadtregion zu fokussieren.

Neubesetzung in Vorständen

Die Delegierten wählten Tanja Espinoza Haller von der GFL Stadt Bern neu in den kantonalen Vorstand. In den Vorstand der Grünen Schweiz wählten sie neu Kathy Hänni, Grossrätin und Bio-bäuerin aus Kirchlindach. Die beiden ersetzen Marlise Hubschmid, die sich viele Jahre auf verschiedenen Ebenen bei den Grünen stark engagiert hat. Vielen herzlichen Dank! Einstimmig beschlossen wurde weiter die Unterstützung der kantonalen Initiative «Faire Steuern – Für Fami-

lien» und des Referendums gegen die Revision der Arbeitslosenversicherung.

In einer Resolution riefen die Grünen den Regierungsrat auf, die Initiative Bern erneuerbar so rasch wie möglich mit zustimmendem Antrag vorzulegen und umzusetzen. Würden die Milliarden Dollar, welche die USA gegenwärtig wegen

der Ölpest in Rettungs- und Sanierungsmassnahmen einsetzen müssen, in erneuerbare Energien investiert, könnten sowohl Umwelt als auch Wirtschaft nachhaltig profitieren. Bern soll voran gehen in der Versorgung mit sicherer und sauberer Energie.

Sabine Zaugg, Co-Geschäftsleiterin Grüne



Heike Mayer zeigt auf, was Bern von der Hauptstadtregion Washington lernen könnte

Termine

- 20.5.2010: «Mehr Biodiversität im Siedlungsraum», Vortrag von Christa Glauser, Schweizer Vogelschutz. 19.30h Restaurant Kreuz Zollikofen. Anschliessend MV GFL Zollikofen
- 24.5.2010: MenschenStrom gegen Atom. Pfingstmarsch von Aarau nach Olten gegen neue AKW. www.menschenstrom.ch
- 25.5.2010: MV Grüne Thun mit Nominationen für Gemeindewahlen, 20h im Freienhof
- 28.5.2010: HV Grüne Berner Oberland, 19.00 Hotel Bellevue in Spiez, anschliessend Dia-Show von Beni Stöcklis Nepalreise im Himalajagebiet
- 5.6.2010, 14.00h: Naturkundliche Führung durch das Büselimoos organisiert von GFL Münchenbuchsee. Mehr unter www.gfl-buchsi.ch
- 8.6.2010: MV Grüne Münsingen. Mehr auf www.gruene-muensingen.ch
- 9.6.2010: MV Grüne Wohlen, 19.30h Kipferhaus, Hinterkappelen

Impressum

Redaktion: Sabine Zaugg, Simon Röthlisberger

Gestaltung: TransForm

Druck: Schlaefli & Maurer AG, Interlaken

Auflage: 6500

Redaktionsschluss Nr. 16: 30.7.2010

Aktiv

■ Unberechtigte Schuldzuweisung gegen Grüne

Bei der angekündigten Betriebsschliessung der Kartonfabrik Deisswil wurde zu harten Worten gegriffen: «Wir wollen Jobs anstatt grüne Politik» titelte die Berner Zeitung live vom Stammtisch. Tatsache ist: Nicht die schweizerische CO2-Gesetzgebung ist verantwortlich für die Schliessung des Betriebs, wie dies der Konzern Mayr Melnhof dreist darzustellen versuchte, sondern der immense Investitionsbedarf, der ein x-faches höher ist als die CO2-Abgabe. Die CO2-Gesetzgebung ist weder Ursache noch Auslöser für die angedrohte Schliessung, sondern eine blosser Ausrede. Diese billige Sündenbock-Kommunikation ist unfair gegenüber den Mitarbeitenden und der Öffentlichkeit. Die Grünen erwarten, dass der Konzern Mayr Melnhof alle anderen Möglichkeiten ausschöpft, bevor Stellen abgebaut werden. Wo dies nicht möglich ist, braucht es einen grosszügigen Sozialplan

■ Energiegesetz: Grüne Idee setzt sich durch

Die Debatte im Grossen Rat zum neuen Energiegesetz brachte am Schluss einen Grünen Erfolg zutage: Die Grünen Kanton Bern haben die Idee der Förderabgaben zur Finanzierung von energetischen Massnahmen eingebracht und konnten die Ratsmehrheit dafür überzeugen. Dem Kanton Bern stehen künftig somit jährlich mehr als 70 Mio. Franken zur Verfügung. Damit können folgende Ziele erreicht werden:

- Sanierung und Anpassung an Gebäuden, um Energie sparsam und effizient zu nutzen.
- Förderung und Einsatz von mehr erneuerbaren Energien.
- Erhöhung der lokalen Wertschöpfung durch Schaffung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Region.

Die Grünen sind überzeugt, dass der Kanton mit dem neuen Gesetz einen grossen Schritt in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft machen wird. Das Gesetz ist modern, griffig und zukunftsweisend.

Jetzt das Avig-Referendum unterschreiben

Abzocker belohnen – das Volk bestrafen?

Die bürgerliche Parlamentsmehrheit braucht mehr als eine rote Karte. Trotz deutlichem BVG-Nein wollte sie keine UBS-PUK. Sie bastelte unverfroren weiter an der Revision der Arbeitslosenversicherung (Avig) – gegen ältere ArbeitnehmerInnen und gegen die von der Krise besonders betroffenen Regionen. Jetzt braucht es die zweite rote Karte mit dem Avig-Referendum.

Vordergründig behaupten jene, die den staatlich subventionierten UBS-Abzockern die Boni-Zahlungen nicht verbieten wollen, die verschuldete Avig müsse jetzt saniert werden. Der Witz ist, dass mit dem heute gültigen Avig die derzeitigen Schulden von rund 7 Mia rascher abgetragen werden können. Der Bundesrat wird bei anhaltender Arbeitslosigkeit die Beiträge anheben und ein Solidaritätsprozent einführen können. Die Sanierung wird damit rascher als mit dem revidierten Avig erfolgen.

Ausgerechnet jene, die nicht müde werden, die Jugend in unserer älter werdenden Gesellschaft schlecht zu reden und tragische Einzelfälle für Wahlkampagnen zu missbrauchen, wollen nun wichtige Grundlagen verschlechtern: Junge Berufsleute bis 30 Jahre müssen neu jeden Job annehmen ohne Rücksicht auf ihre Ausbildung. Den unter 25-Jährigen wird die Bezugsdauer der Taggelder auf neun Monate halbiert, den Ausbildungs- und StudienabgängerInnen auf vier Monate gekürzt – bei einer Wartezeit von sechs Monaten.

...gegen Ältere, Beitragsbefreite, Krisenregionen
Ältere ArbeitnehmerInnen, die es auf dem Arbeitsmarkt schon schwer haben, sollen erst nach 24 Monaten Beitragszeit 520 Taggelder erhalten. Wer wegen Ausbildung, Mutterschaft, Krankheit oder Unfall für eine gewisse Beitragszeit befreit war, dem wird die bisherige Bezugsdauer von 12 Mona-

Abzocken macht unglücklich



Bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts herrschten in der Schweiz mehr oder weniger geordnete Verhältnisse: Ein Bundesratslohn lag etwa bei 200'000 Franken. Mehr zu verdienen als ein Bundesrat, galt damals

als unanständig. Die Firmen haben sich nach oben am Bundesratslohn orientiert, das sorgte für ausgewogene Verhältnisse und für sozialen Frieden. Seit den 90er Jahren steigen die Gehälter im Topmanagement unaufhörlich an. Verantwortlich für diese Entwicklung ist einerseits das neu entdeckte Shareholder-Denken, andererseits trat im Zuge des Neoliberalismus eine völlige Hemmungslosigkeit auf. Trotz Hunger und Arbeitslosigkeit auf der Welt schämten sich Manager namentlich aus der Finanzbranche nicht mehr, Millionengehälter zu kassieren, ohne sich im Gegenzug besonders sozial zu engagieren und damit die nötige soziale Verantwortung wahrzunehmen. Man kann nun sagen «henusode», das ist doch deren Sache, es soll doch jeder so, wie er will und kann. Das ist eben ein Irrtum: Die hohen Gehälter haben den sozialen Frieden in der Schweiz zerstört und die Schweiz insgesamt unglücklicher gemacht. Die übertriebenen Managergehälter müssen also nicht nur gestoppt werden, weil es sich um schreiendes Unrecht handelt, sondern weil sie das soziale Gefüge in der Schweiz kaputt machen und das Klima vergiften. Wir Grünen wollen, dass die Bevölkerung über die Abzockerinitiative in einer Abstimmung entscheiden und damit gegen die Abzockerei Position beziehen kann.

Wir haben uns daher nicht gegen einen Gegenvorschlag zur Abzockerinitiative gewehrt. Aber wir setzen uns dafür ein, dass die Abzockerfrage in der Verfassung und damit obligatorisch in einer Abstimmung geregelt wird. Damit setzten wir Grünen ein Zeichen für die Demokratie.

Alec von Graffenried, Nationalrat



Abzocker belohnen, Volk bestrafen?

NEIN zum Abbau der Arbeitslosenversicherung

ten auf vier Monate gekürzt. Krisenregionen mit mehr als 5% Arbeitslosen konnten bisher die Taggeldbezüge von 400 auf 520 erhöhen. Das soll nicht mehr möglich sein. Besonders grössere Städte und Kantone werden ihre steuerfinanzierten Sozialfürsorgebudgets deutlich anheben müssen.

Therese Frösch, Nationalrätin

Der Unterschriftenbogen liegt diesem *bewegt* bei.
Weitere Infos auf www.gruene.ch

Eine Provokation gegen Junge...

bewegt

AZB, 3000 Bern 1

Grüne Kanton Bern
Monbijoustrasse 61
Postfach 1066
3000 Bern 23
031 311 87 01
sekretariat@gruenebern.ch
Adressänderungen bitte nicht melden

Ich interessiere mich für Grüne Politik.
Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

Ich möchte Mitglied werden

E-Mail

Unterschrift

Parolen

Keine Abstimmungsvorlagen auf nationaler und kantonaler Ebene am 13. Juni 2010

■ Stadt Bern

Das GB hat folgende Parolen für die städtischen Vorlagen gefasst:

--- NEIN zur Initiative „Keine gewalttätigen Demonstranten“

--- JA zur Teilrevision der Gemeindeordnung: Übertragung von zusätzlichen Aufgaben an die Regionalkonferenz

--- JA zur Mingerstrasse, Abgabe von Land im Baurecht und Verkauf Einstellhalle

■ Region Thun und Oberland-West

Grüne Oberland und Grüne Region Thun sagen JA zur Einführung der Regionalkonferenz Thun Oberland-West.